

schluss von 2014 ist dieses schon umgesetzt, denn seit 2017 sind unter der Bezeichnung ›Army Prepositioned Stock‹ (APS) vier riesige Militärlager der US-Streitkräfte in Europa aufgebaut und als einsatzbereit gemeldet worden. Sie befinden sich in Zutendaal (Belgien), in Egelshoven (Niederlande), Dülmen bei Münster (Deutschland) und Miesau bei Ramstein (Deutschland). Die beiden deutschen Lager sind die größten. Sie haben die Aufgabe »... die nationale Militärstrategie (der US-Streitkräfte) zu unterstützen, indem es kritische Kriegsmaterialien weltweit ... vordisponiert und so die Einsatzzeiten der modularen Expeditionsarmee verkürzt«.7...

7 »Army Prepositioned Stock (Eur.army.Mil) – Factsheet_APS«, Stand: 14.9.2017: <https://de.scribd.com/document/364066810/2017-army-prepositioned-stock-eur-army-mil-factsheet-aps>

»#NO2PERCENT – Frieden geht anders!«

Unsere Friedensaufgabe in den Gewerkschaften

Anne Rieger

Anlässlich des Antikriegstages 2017 beschloss der DGB Köln den Aufruf »#NO2PERCENT – Frieden geht anders!«. Verbunden mit einer Unterschriftensammlung erreichte er verschiedene Gewerkschaftsorganisationen in der Republik. Anlässlich der damals bevorstehenden Bundestagswahl wurden die Bundestagskandidaten/innen aufgefordert, die zwei Prozent Erhöhung für den Verteidigungshaushalt im Koalitionsvertrag der nächsten Bundesregierung abzulehnen. Eine der Begründungen war: »Schon heute verschlingt der Rüstungsetat in Deutschland über 11 % des Bundeshaushalts. Schon heute

fehlt Geld für Bildung, Soziales und Infrastruktur«. Nahezu zeitgleich mit der Initiative einer einzelnen DGB-Region initiierte die Friedensbewegung die Unterschriftensammlung »Abrüsten statt Aufrüsten«, denn die sowieso schon hohen Rüstungskosten würden sich auf 80 Mrd. Euro nahezu verdoppeln.

Ein produktives Zusammengehen von Gewerkschaften und Friedensbewegung war die Folge. Den Aufruf »Abrüsten statt Aufrüsten« unterschrieben als Erstunterzeichner Vorsitzende von Verdi, DGB, GEW, Spitzengewerkschafter von DGB und IGM. GewerkschafterInnen und Gewerkschaftsorganisationen folgten, während der Ostermärsche gab es erste größere Erfolge. Anträge zum Bundeskongress wurden beschlossen. In deren Folge forderten dann im Juni auf dem Bundeskongress – nach intensiven Diskussionen – »der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften ... alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf, sich gegen das 2-Prozent-Ziel bei Rüstungsausgaben zu engagieren. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern stattdessen verstärkte Initiativen für Abrüstung und Rüstungskonversion und unterstützen deshalb die Petition ›Abrüsten statt Aufrüsten‹. ... Sie werden ihre Zusammenarbeit mit Friedensinitiativen ebenso wie ihr Engagement und ihre Öffentlichkeitsarbeit für Frieden, Abrüstung und internationale Konfliktlösungen weiter verstärken, um zu verhindern, dass das 2-Prozent-Ziel bei den Rüstungsausgaben verwirklicht wird.« Dieser Aufforderung folgten viele GewerkschafterInnen: verstärktes, gemeinsames Sammeln von Unterschriften unter den Appell »Abrüsten statt Aufrüsten« setzte ein. Bei Redaktionsschluss gab es bereits weit über 100 000 UnterzeichnerInnen.

Pflege statt Bomben

Auch im Aufruf zum diesjährigen Antikriegstag forderte der DGB zur Unterzeichnung auf. Wolfgang Lemb, Mitglied im Geschäftsführenden Vorstand der IG Metall, Redner auf

einer der über 200 Antikriegstagsveranstaltungen, warb für den Appell. Die Frankfurter Gewerkschaften erreichten mit »Rock gegen rechts« am 1. September mit einem Mix aus Musik und politischen Statements »Wir engagieren uns – für Frieden und Solidarität« 15 000 GewerkschafterInnen. Verdi-Gewerkschaftssekretär Michael Quetting brachte den Zusammenhang zwischen den Bedürfnissen der Bevölkerung und dem Rüstungswahnsinn auf dem Fest der Kulturen im Saarland auf den Punkt: »Wir schätzen, dass wir allein für die Krankenhäuser 8 Mrd. Euro benötigen, um den Pflegenotstand zu beseitigen. Da brauchen wir das Geld. Pflege oder Rüstungsstaat – beides geht nicht zusammen. Wir kämpfen für den Sozialstaat und gegen die Rüstung. Diese Alternative gilt es durchzusetzen. Die alte Frage nach Kanonen oder Butter beantwortet die große Mehrheit der Bevölkerung mit Butter. Unsere Butter heißt jetzt u. a. mehr Personal für die Pflege, für die Krankenhäuser und Altenheime.«

»Ideologien, die schon damals Hass statt Verständigung geschürt haben«

Der DGB-Vorsitzende Reiner Hofmann zog am 2. September in der Frankfurter Rundschau den Zusammenhang zu den fremdenfeindlichen Aufmärschen: »Denn machen wir uns nichts vor: Genau die Ideologien und Überzeugungen, die schon damals Hass statt Verständigung geschürt haben, sind wieder auf dem Vormarsch: Der Nationalismus und sein Bruder, der Me-First-Protektionismus.« Der Beirat der IG Metall, höchstes Entscheidungsgremium zwischen den Gewerkschaftstagen, betonte in seiner Erklärung unmittelbar nach dem Antikriegstag »Für Menschlichkeit und Solidarität – gegen Spaltung, Rassismus und Hass«: »Die Einwanderung nach Deutschland macht Versäumnisse der Politik erst richtig sichtbar: Faire Löhne, gute Arbeit und berufliche Zukunftsperspektiven, auskömmliche Renten, bezahlbarer Wohnraum

und innere Sicherheit sind Themen aus der Mitte unserer Gesellschaft«, und ruft dazu auf, »sich menschenfeindlichen Aufmärschen aktiv entgegenzustellen«.

Und schon lange wendet sich die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft immer wieder gegen den Einfluss der Bundeswehr in den Schulen.

Friedensfrage in Betriebe und Kommunen verankern

Ver.di Chef Frank Bsirske ruft in einem Rundbrief an alle Bezirke zur Herstellung einer Vernetzung aller friedensaktiven ver.di-Mitglieder auf. Ein guter Schritt, denn es gibt bereits viele Aktivitäten, auch Konferenzen und Seminare gegen Krieg und für Abrüstung und gegen Sozialabbau. Die Verbindungen laufen in der Regel über die Friedensinitiativen, effektiver wäre die Koordination in und über alle Gewerkschaften hinweg. Die Aktivitäten müssen vermehrt und vertieft werden. Noch zu wenig kommen sie in der alltäglichen betrieblichen Praxis an. Auch die zögerlichen Initiativen in der IG Metall für Rüstungskonversion haben bisher in den Betrieben nur unzureichend gegriffen.

»Rheinmetall entwaffnen«

Um die Diskussionen und Abrüstungsinitiativen in Betrieben und Kommunen voranzutreiben, die finanziell am Tropf der Rüstungsindustrie hängen, muss die Debatte über die Profite der Rüstungskonzerne am Mordsgeschäft einerseits und die Möglichkeiten der Konversion andererseits, in den Fokus der Abrüstungskontroversen gestellt werden. Dabei können auch Aktionen helfen, wie jüngst in Kassel vor Rüstungsgiganten. Mit ihrer Blockade »Rheinmetall entwaffnen« wollten Rüstungskritiker Produktion und Logistik stören. Ziel war es, auf den Tod tausender Zivilisten durch Rheinmetallbomben hinzuweisen. Die Rheinmetall-Beschäftigten konnten das

Werksgelände jedoch verlassen und betreten. »Unser Protest richtet sich nicht gegen die Mitarbeiter«, erklärte der Sprecher, Flugblätter gleichen Inhalts wurden verteilt. Vielmehr machten die Aktivisten darauf aufmerksam, welche monströsen Profite aus dem Rüstungsgeschäft einigen wenigen Aktionären zufließen. Dazu gab es zusätzlich zu den Blockaden mehrerer Unternehmen eine Demo und Infostände in der gesamten Stadt. Notwendig werden dabei unermüdliche Versuche sein, mit den zuständigen Gewerkschaften und Belegschaften vor Ort den Kontakt und die Verständigung zu suchen. Denn ohne das Verständnis der Belegschaften für unser friedenspolitisches Anliegen, Waffen, mit denen weltweit gemordet wird, zu ächten, werden wir ihre Zustimmung nicht gewinnen können.

Antragsdebatte jetzt schon beginnen

Eine Methode, die Friedens-, Abrüstungs- und soziale Frage in den Mittelpunkt der Gewerkschaften zu stellen und Aktivitäten anzukurbeln, sind auch in Zukunft Anträge auf den Gewerkschaftstagen, insbesondere im kommenden Jahr bei ver.di und der IG Metall. Schon heute müssen dazu in den Delegiertenversammlungen Initiativen ergriffen werden, um bei den Gewerkschaftskongressen erfolgreich zu sein. Wie positiv dieser mühsame Weg sein kann, zeigten die Anträge auf dem DGB-Kongress im Juni, die den immensen Schub für die Unterschriften der Abrüstungsinitiative erst ermöglicht haben. Auch die eineinhalbstündige Diskussion zu Frieden und Konversion auf dem IG Metall Gewerkschaftstag 2015 – ausgelöst durch 24 Anträge zum Thema – haben zwar noch keinen endgültigen Durchbruch gebracht, die Diskussion um Konversion aber wurde nach Jahren der Stille wieder vorangetrieben. Wir müssen einfach dran bleiben. Jede/r der die Möglichkeit hat, Anträge zu Konversion und Frieden in die Gewerkschaften einzubringen, sollte das tun. Es ist eine Chance. ■

Wer hat Angst vor dem »gelben Mann«?

Chinas Umgang mit Schuldnern

Georges Hallermayer

Die ehemalige US-Außenministerin Hillary Clinton fing damit an, Ängste vor der gelben Gefahr in Afrika zu schüren, als die VR China 2009 die USA als größten Handelspartner des Kontinents überflügelte. Mit der Formulierung »geh rein, hol die Bodenschätze raus, zahl die Eliten aus und geh wieder«¹ unterstellte sie China die eigenen neokolonialen Praktiken der USA. Aber lassen wir erst mal Zahlen sprechen: Es sind die USA, die zwei Drittel ihrer afrikanischen Direktinvestitionen in Bergwerke stecken² (und das zur Hälfte in Südafrika), während China den Großteil ins Bauwesen investiert und nur 24 % ins Bergbau-geschäft. Außerdem zeigen die Statistiken der OECD und der Weltbank, dass zwar die Direktinvestitionen Chinas zwischen 2011 und 2016 von 16 Mrd. Dollar auf 40 Mrd. Dollar rapide gestiegen sind,³ aber global erst an vierter Stelle stehen – noch nach Frankreich mit 49 Mrd. \$, Großbritannien 55 Mrd. \$ und an erster Stelle mit 57 Mrd. \$ die USA.

Rex Tillerson, als er noch Außenminister sein durfte, stieß auf seiner Afrikareise im Frühjahr ins gleiche Propaganda-Horn mit einer neuen Melodie: Als »undurchsichtige Verträge, räuberische Kreditpraktiken und korrupte Deals, die Nationen in Schulden treiben und ihre Souveränität untergraben«⁴ und

1 L'Express 11 Juli 2011

2 John Hopkins University, Washington policy brief 18/2017 (sais-cari.org)

3 Quartz July 24, 2018: »How to separate the myths and realities of China's role in tackling Africa's infrastructure deficit«

4 Bloomberg 7. März 2018: »Tillerson Faces a Tall Order in Africa«